

# grünes blatt

August 2013 Nr. 3

## die Zeitung der Grünen Kanton Zürich

Redaktion und Verlag:

Grüne Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich

Tel. 044 440 75 50, Fax 044 440 75 51

sekretariat@gruene-zh.ch, www.gruene-zh.ch

Spendenkonto: PC 80-26744-4

**Aktuell** Abstimmungen vom 22.9.2013 **Seiten 2 & 3** – Grüne Wirtschaft **Seiten 4 & 5** – Stadt Zürich **Seiten 6 & 7** – Grüne Winterthur **Seite 8** – Junge Grüne **Seite 9** – News aus den Regionen **Seiten 10 & 11**

## Volksinitiative – Lust oder Frust?

Gemeinsam  
wachsen!

Ein gutes Jahr ist unser Abstimmungserfolg mit der Kulturlandinitiative her. Heute stehen wir vor einem Scherbenhaufen: einer zahnlosen Umsetzungsvorlage der Regierung, die sie selber zur Ablehnung empfiehlt. Und derselbe Kantonsrat, der vor anderthalb Jahren die Kulturlandinitiative schon einmal abgelehnt hat, entscheidet jetzt über deren definitives Schicksal. Wenn wir Pech haben, stehen wir in einigen Monaten mit leeren Händen da.

Und bereits sprechen wir von einer nächsten Initiative, machen Zeitpläne und evaluieren Themen. Sind wir unverbesserlich?

### Der Weg ist das Ziel

Nein, denn der Weg ist das Ziel. Eine Volksinitiative ist viel mehr als nur ein Gesetzesartikel. Sie ist Fortbildung, Beteiligungsmöglichkeit, Öffentlichkeitsarbeit, Positionsbezug, Themensetzung. Sie verhilft uns zu medialer

Aufmerksamkeit, macht uns zu ExpertInnen. Sie strukturiert unseren Wahlkampf, setzt ein Ziel und ist Motivationspritze. Sie generiert Mitglieder und Spenden.

### Umdenken erreicht nach Themensetzung

Und selbst wenn die Kulturlandinitiative nicht nach unseren Vorstellungen umgesetzt wird, so hat sie ihren unübersehbaren Effekt hinterlassen. Kommunal sind Einzonungsprojekte auf Ackerland beinahe chancenlos geworden. Ein Golfplatzprojekt nach dem anderen scheitert an der Urne. Ein Umdenken findet statt!

Jetzt ist es Zeit, ein neues Thema zu setzen, das uns die nächsten Jahre begleiten wird. Hilf auch Du der nächsten Grünen Volksinitiative auf die Beine!

Marionna Schlatter, Präsidentin Grüne Kanton Zürich



# Editorial

## Liebe Leserinnen und Leser

Passend zur Jahreszeit packen wir Grünen in den nächsten Monaten einige heisse Eisen an. Da ist zum einen die Umgestaltung der Wirtschaft. Um eine nachhaltige Gesellschaft zu schaffen, müssen wir weg von der Wegwerfmentalität und hin zu einer Grünen Wirtschaft, zur Kreislaufwirtschaft. Dafür braucht es konkrete Massnahmen auf allen Ebenen (Seiten 4 & 5).

Weiteres Thema, die unter den Nägeln brennen, sind die Abstimmungen vom 22. September. So die Abschaffung der

allgemeinen Wehrpflicht – eine heilige Kuh, die endlich geschlachtet werden muss. Warum unbedingt ein JA zur Aufhebung der Wehrpflicht in die Urne gelegt werden sollte, steht auf Seite 3. Hitzige Debatten lösen auch Fragen zur Integration von AusländerInnen immer wieder aus. Ein JA zur Volksinitiative «Für mehr Demokratie» soll den Weg für die politische Partizipation von AusländerInnen frei machen – und so zu erfolgreicher Integration beitragen. Mehr dazu steht unten auf dieser Seite.

Heiss zu und her geht es schliesslich auch in den Städten Winterthur und Zürich,

wo ein ungenügendes Bauprojekt verhindert (S. 8), eine Volksinitiative zur Grünraumplanung aufgegleist (S. 6) und ein engagierter Stadtratswahlkampf geplant (S. 7) werden muss.

Wir bewahren trotz allem einen kühlen Kopf und wünschen einen schönen Sommer!

**Ulla Blume**  
Parteisekretärin  
Grüne Kanton Zürich

Feedback ist willkommen:  
publikation@gruene-zh.ch

# Kantonale Volksinitiative «Für mehr Demokratie»

**Die kantonale Volksinitiative «Für mehr Demokratie» fordert vom Kanton, den Gemeinden Autonomie einzuräumen, der ausländischen Bevölkerung das politische Mitbestimmungsrecht auf Gemeindeebene erteilen zu können.**

Als Bedingungen zur Erlangung der kommunalen Rechte für Ausländerinnen und Ausländer sieht die Initiative

Folgendes vor: eine Aufenthaltsdauer von mindestens 10 Jahren in der Schweiz, eine dreijährige ununterbrochene Aufenthaltsdauer in derselben Gemeinde und die persönliche Beantragung des Stimmrechts bei der Gemeinde.

hin, dass die Erlangung der politischen Rechte der Abschluss einer erfolgreichen Integration sei. Wir wollen mit der Initiative diesen Konnex durchbrechen.

## Integration ist Interaktion

Integration ist aus unserer Sicht in erster Linie Interaktion. In der Gemeinde treffen die schweizerische und die ausländische Bevölkerung aufeinander. In der Gemeinde findet das alltägliche Leben statt. Die politische Mitwirkung ist ein wichtiger Bestandteil des Lebens in der Gemeinde. Diese Initiative will den Integrationsprozess von Ausländerinnen und Ausländern fördern, denn Integration endet nicht mit der politischen Partizipation, diese ist vielmehr ein Teil des laufenden Integrationsprozesses.

Alma Redzic, Kantonsrätin Zürich

Die Grünen fassen ihre Parole zur kantonalen Volksinitiative «Für mehr Demokratie» Ende August.

Die Initiative verfolgt damit drei Absichten: Die Gemeindeautonomie soll gestärkt, die Integration gefördert und die Demokratie ausgebaut werden.

## Bürgerrecht progressiv regeln oder weiter verschärfen?

Vertieft möchte ich nur den zweiten Punkt betrachten, denn die Stärkung der Gemeindeautonomie und der Ausbau der Demokratie sind unstrittige Punkte. Auf der politischen Bühne sind die Meinungen gemacht: Die Linke fordert progressive Bestimmungen zur Regelung des Bürgerrechts und der Rechten können die Verschärfungen nicht weit genug gehen. Die weitläufige Meinung geht da-

SCHWEIZER QUALITÄT MIT BESTIMMT



am 22. September **JA** für mehr Demokratie

www.mehr-demokratie.ch

# Die Wehrpflicht gehört endlich aufgehoben

**In einem Punkt sind sich alle fortschrittlichen Kräfte einig: Die heutige Armee ist nicht mehr zeitgemäss und gehört zumindest verkleinert. Die Idee einer allgemeinen Dienstpflicht für Frauen und Männer geniesst aber viel Sympathie, auch innerhalb der Grünen.**

Der Gedanke ist faszinierend: Alle sollten sich während einer gewissen Zeit für die Allgemeinheit einsetzen – sei es im Altersheim, in der Landwirtschaft oder in der Katastrophenhilfe. Dadurch sollen sich die positiven Effekte der heutigen Wehrpflicht bezüglich Solidarität zwischen den gesellschaftlichen Schichten und den Regionen der Schweiz gar noch verstärken.

## Nicht zu Ende gedacht

Leider ist dieser Ansatz nicht ganz zu Ende gedacht: Es gibt in der Schweiz nicht genügend Beschäftigungsmöglichkeiten, wenn auf einen Schlag doppelt so viele Personen wie im heutigen System etwas Sinnvolles tun wollen oder müssen. Internationale Abkommen verbieten zudem Zwangsarbeit. Auch wäre die staatlich organisierte Vollbeschäftigung eines ganzen Jahrgangs teuer und dürfte dazu führen, dass findige «UnternehmerInnen» auf allerhand Ideen kommen – sehr zum Verdruss der Gewerkschaften. Schon heute besteht die Wehrpflicht für Männer nur noch auf dem Papier: Weniger als dreissig Prozent eines Jahrgangs leisten alle Dienstage. Es gibt einen erheblichen Stadt/Land-Graben: Bildungsnahe Kreise aus der Stadt nehmen es mit der Pflicht nicht mehr so genau. Die Armee wiederum ist äusserst grosszügig mit der Feststellung der Untauglichkeit: Sie hat gar nicht genug Platz in den Kasernen, um alle Wehrpflichtigen aufzunehmen.

## Angst vor Machtverlust

Trotzdem halten die Militärs eisern an der Wehrpflicht fest. Sie fürchten einen weiteren Verlust von Macht, Geld und persönlichem Prestige. Deshalb betont die Armee gerne, sie sei insbesondere bei Naturkatastrophen, aber auch bei Schwingfesten schnell zur Stelle. Nur der reinste Zufall will, dass kurz vor der Abstimmung übungshalber der Üetliberg brennt, worauf die Armee eifrig Leitungen zieht und Geländewagen mit dem Hubschrauber transportiert, oder

dass eine fiktive Tierseuche das Vieh in Massen eingehen lässt. Die GSoA hat bei Schutz und Rettung Zürich nachgefragt: Die Berufsfeuerwehr der Stadt Zürich ist sehr wohl in der Lage, mit einem Waldbrand am Üetliberg umzugehen. Zahlen aus dem VBS sprechen eine deutliche Sprache: Nur 0,06 % aller Dienstage wurden 2011 für den Katastrophenschutz aufgewendet. Um Waldbrände zu löschen braucht man kein Sturmgewehr. Eine professionelle, mehrere Tausend Frauen und Männer umfassende Katastrophenschutzorganisation würde einen Bruchteil der heutigen Kosten der Wehrpflichtarmee verursachen und könnte aus Freiwilligen gebildet werden. Das deutsche Technische Hilfswerk demonstriert eindrücklich, was in diesem Bereich möglich ist.

## Freiwilliger Zivildienst

Die Zivildienstorganisationen haben keine Angst vor dem Ende der Wehrpflicht. Das Beispiel Deutschland zeigt, dass auch ein freiwilliger Zivildienst gut funktioniert. Der Zivildienst würde in der Schweiz nach Annahme der Initiative für alle geöffnet. Die Armee entwickelt übrigens eigene Vorstellungen einer allgemeinen Dienstpflicht. Die Militärs träumen offenbar vom Landsturm und der Mobilmachung, während Armeechef André Blattmann bereits angekündigt hat, im Falle einer Annahme der Initiative zurück treten zu wollen. Ein Grund mehr, am 22. September JA zu stimmen.

Remo Ziegler, Bündnis Wehrpflicht aufheben



**Nicht alle haben Zeit, Krieg zu spielen.  
Deshalb Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht am 22. September.**

## Initiative für eine Grüne Wirtschaft

Die Schweizer Wirtschaft verschwendet Ressourcen als stünden ihr drei Planeten zur Verfügung. Doch wir haben nur einen. Das Ziel der Volksinitiative für eine Grüne Wirtschaft ist daher, den ökologischen Fussabdruck der Schweiz bis 2050 auf «eine Erde» zu reduzieren.

Wichtigste Massnahme: Umbau der Wegwerfwirtschaft in eine Kreislaufwirtschaft! So können Emissionen, Abfälle und Verschwendung reduziert werden.

Unterdessen hat sich der Bundesrat in einer Botschaft zu unserer Initiative geäussert und sechs Handlungsfelder benannt: Masterplan Cleantech, ressourceneffiziente Informationstechnologie, Produktumweltinformationen, Ökologisierung des Steuersystems, Wohlfahrtsmessung, Ressourceneffizienz und -verträglichkeit. Der Bericht dazu zeigt, dass die Verwaltung unsere Initiative als Chance genutzt hat: Sie schlägt eine ganze Palette von Massnahmen vor.

Und das ist der Zeitplan für unsere Initiative:

### Sommer 2013

Entwurf für einen indirekten Gegenvorschlag mit Vernehmlassung

### Frühling 2014

Botschaft des Bundesrats zur Initiative und zum indirekten Gegenvorschlag an das Parlament

### Bis Herbst 2014

Beratung in den Kommissionen

### März 2015?

Abstimmung im National- und Ständerat

### November 2015?

Volksabstimmung

Ulla Blume,  
Parteisekretärin Grüne Kanton Zürich

Bericht Bund: [www.news.admin.ch/NSB-Subscriber/message/attachments/29912.pdf](http://www.news.admin.ch/NSB-Subscriber/message/attachments/29912.pdf)

# Kreislaufwirtschaft statt Wegwerfen

**Heute produzieren und kaufen wir für die Müllhalde und belasten damit die Umwelt. Deshalb wollen wir den Wechsel von der Wegwerfwirtschaft zur Grünen Wirtschaft in Angriff nehmen. Doch was heisst das überhaupt?**

Unsere Initiative für eine Grüne Wirtschaft propagiert den Wechsel von der Wegwerf- zur Kreislaufwirtschaft. Diese ist darauf ausgerichtet, sämtliche Ressourcen wiederzuverwenden. Das funktioniert, wenn man schon beim Design und der Herstellung eines Produktes dafür sorgt, dass alle eingesetzten Stoffe entweder wiederverwendet oder wiedergewonnen werden können. Viele Prozesse (z.B. die Wertstoffsammlung) sind schon Mainstream, wir müssen aber viel weiter gehen!

## Technischer Kreislauf

Es ist wichtig, dass wirklich 100 % aller recycelbaren Wertstoffe recycelt werden, denn insgesamt produzieren wir immer mehr Abfall. Zum Beispiel die Aludose: Zwar sind wir WeltmeisterInnen mit einer Recyclingquote von über 90 %! Aber weil in den letzten drei Jahren der Dosenberg von rund 120 auf über 185 Millionen Stück gewachsen ist, hat sich der Abfall stark vermehrt. Zum technischen Kreislauf gehören zudem das «Re-Using» und das Reparieren von Produkten, was oft einfacher, wirtschaftlicher und ökologischer ist.

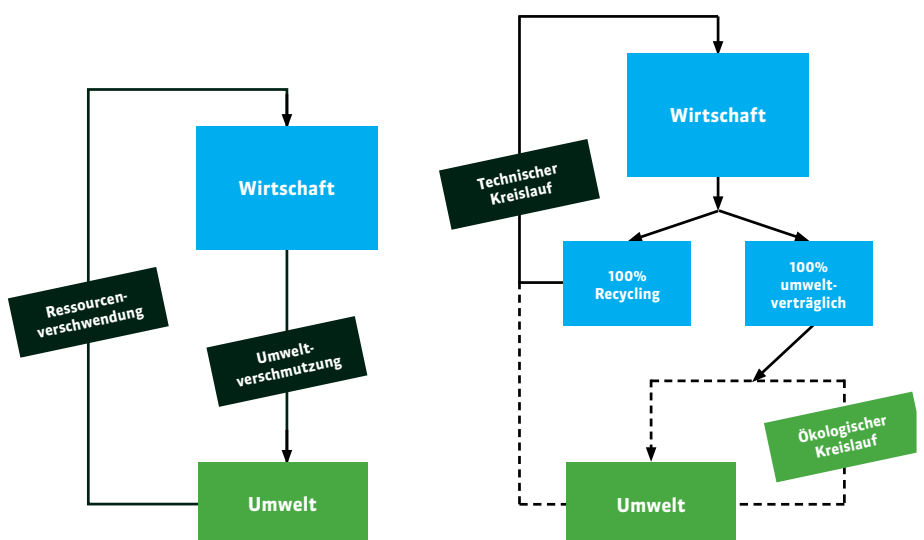
## Ökologischer Kreislauf

Nicht alle Materialien lassen sich jedoch recyceln oder wiederverwerten, so z.B. Verbrauchsmaterialien wie Abwaschmittel, Abrieb von Reifen etc. Bei diesen Materialien müssen wir sicherstellen, dass sie umweltverträglich entsorgt bzw. abgebaut werden können, was meist eine Frage der (giftigen) Inhaltsstoffe ist.

## Wirtschaftlich und ökologisch denken

Die Grüne Wirtschaft ist auf längere Sicht die wirtschaftlichere Wirtschaft. Sie schafft Arbeitsplätze, schont die Umwelt, reduziert Vermeidungskosten und teure End-of-Pipe-Massnahmen. Sie bevorzugt qualitativ hochwertige Güter und vermeidet Billigware. Und was länger hält, reduziert Abfälle und spart Geld. Wer mehr tun will: Teilen und mieten statt kaufen – das ist der neue Trend! Denn ohne einen gewaltigen Schritt Richtung Grüne Wirtschaft gibt's keine nachhaltige Gesellschaft.

Ulla Blume, Parteisekretärin Grüne Kanton Zürich  
Markus Kunz, Gemeinderat Grüne Zürich



Weg von der Wegwerfgesellschaft...

...hin zur Kreislaufwirtschaft

# Grüne Wirtschaft konkret – wie können wir aktiv werden?

**Das Ziel einer Grünen Wirtschaft ist gut, das findet sogar der Bundesrat. Nun müssen wir es umsetzen. Dafür stehen uns auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene zahlreiche Handlungsfelder und Möglichkeiten offen – stürzen wir uns darauf!**

In den Bereichen Energiepolitik und Verkehr setzen wir Grünen uns seit jeher für die Ziele der Grünen Wirtschaft ein und werden dies auch weiterhin tun. Verstärkt müssen wir uns nun aber auch um weitere Bereiche kümmern.

## Wirtschaft & Steuern

Eine ökologische Ausgestaltung der Steuerpolitik und eine Standortförderung nach ökologischen Kriterien würden uns den Zielen der Grünen Wirtschaft sehr viel näher bringen.

### Kantonale Ebene

- Standort- und Wirtschaftsförderung: Wir wollen eine «Greener Zurich Area», der Kanton soll ein «grüner» Standort mit ökologischen Industrieparks sein. Dafür müssen wir z.B. die Steuerpolitik ökologisieren.

### Kommunale Ebene

- Submissionen & öffentliches Beschaffungswesen: Die Gemeinden sollen bei der Vergabe von Aufträgen lokale, ökologische und soziale Unternehmen bevorzugen.

## Konsum & Produktion

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Grünen Wirtschaft ist eine stark veränderte Produktion unserer Konsumgüter. Dafür müssen sowohl die KonsumentInnen als auch die ProduzentInnen sensibilisiert werden.

### Nationale Ebene

- Ökologisierung des Sortiments: Mit ihrer Sortimentsauswahl und ihrer Werbung beeinflussen die Detailhändler das Konsumverhalten der Bevölkerung massgeblich.
- Bessere Produkteinformationen: Für die KonsumentInnen muss beim Kauf eines Produkts einfach erkennbar sein,

woher es kommt, woraus es besteht, wie es produziert wurde und wie es recycelt oder entsorgt werden kann.

- Rücknahmepflicht von Verpackungen: Die Rücknahmepflicht soll zu ökologischeren Verpackungen führen.

### Kantonale Ebene

- Foodwaste: Es braucht Sensibilisierung für eine bewussteren Ernährung, zudem soll die Überschussverwertung neu geregelt werden. Das geht z.B. mit Änderungen bei den Hygienevorschriften und der Lebensmittelkontrolle.
- Abfall & Littering: Eine konkrete Forderung dazu ist Mehrweggeschirr mit koordinierter Rückgabe, auch für Take-Aways.

### Kommunale Ebene

- «Nutzen statt besitzen»: Wo es Sinn macht, soll man Geräte gemeinsam nutzen (z.B. Waschmaschinen, Autos, Werkzeuge, Sportgeräte, W-Lan).
- Abfälle & Entsorgung: Ökologie muss vor dem Preis stehen! Es sollen möglichst viele Wertstoffe gesammelt werden, aber ohne lange Transportwege. Dafür braucht es gute Sammelstellen, die ihre Wertstoffe lokal weiterverarbeiten lassen.

## Bauen & Wohnen

Ein weiterer wichtiger Bereich bei der Ökologisierung der Wirtschaft ist die Bauwirtschaft und die Wohnbaupolitik. Hier sind wir Grünen schon lange aktiv.

### Kantonale Ebene

- Bauwirtschaft: Es braucht angepasste Vorschriften. Denkbar sind z.B. Quoten für ökologische Baumaterialien oder die Erfassung von Energiedaten im Gebäudekataster (als Grundlage für Sanierungsmassnahmen).
- Raumplanung: Kurze Wege bei Wohnen, Arbeiten und Erholen

### Kommunale Ebene

- Alterswohnungen: Es braucht ein attraktives Angebot an kleineren und ökologischen Wohnungen für ältere Menschen.
- Siedlungs- und Wohnflächenbedarf regulieren: Wir verbrauchen immer mehr Wohnfläche pro Kopf. Diese Entwicklung müssen wir bremsen.

Und viele weitere Massnahmen mehr...

Ulla Blume, Parteisekretärin Grüne Kanton Zürich  
Markus Kunz, Gemeinderat Grüne Zürich



**Sinnvoll Wertstoffe sammeln: Alles wird lokal weiterverarbeitet. Hier: Wertstoffsammelstelle der Keller Recycling AG, Hinwil.**

# Grünraumplanung als Chance für eine sozial und ökologisch verträgliche Verdichtung

**Urban leben heisst, viel Beton in Kauf zu nehmen. Falsch, sagen wir Grünen, denn Erholung gehört zum Leben und damit zum städtischen Umfeld wie das Wohnen oder Arbeiten. Je dichter wir daher leben, desto mehr müssen wir dem öffentlichen Grünraum Sorge tragen.**

## Dicht UND grün leben

Eine richtig verstandene Grünraumplanung nimmt Bezug auf die gesamte Lebensraumqualität für den Menschen sowie für Pflanzen und Tiere. Die Frage nach der Quantität und Qualität der Freiräume wird damit zu einer Frage nach der «sozialen Gebrauchsfähigkeit» unseres Siedlungsraumes insgesamt. Besonders frühzeitig und vorsorglich muss die Grünraumplanung dort einsetzen, wo Siedlungsverdichtung stattfindet.

Die Lebensqualität im urbanen Raum hängt stark von der Verfügbarkeit und Qualität von Grünräumen ab. Darum ist die langfristige Erhaltung und Förderung der vielfältigen Grünraumfunktionen eine wichtige Aufgabe und Herausforderung für eine dichter werdende Stadt. Um diese zu bewältigen, sind neue und tragfähige Strategien, Konzepte und Instrumente der Grünraumplanung und -bewirtschaftung nötig.

## Bauflächen entstehen, Freiflächen verschwinden

Während Bauflächen auch entstehen, wenn man sich nicht um sie kümmert, verschwinden Freiflächen, wenn man sich nicht um sie kümmert. Im Vordergrund steht deshalb die uneingeschränkte Sicherung der bestehenden Grünflächen und wenn immer möglich deren Ausbau. So sind in den dicht bebauten Bereichen vor allem Massnahmen zur Erhaltung letzter Freiräume, kleinflächige Aufwertungen und die Rückeroberung der Strassenräume als Lebensräume nötig. In den noch nicht oder locker überbauten Gebieten sind rechtzeitig Potenziale zu sichern. In der Nutzungsplanung wird die bauliche Ausnutzungsmöglichkeit laufend erhöht, aber es findet keine Flächensicherung für die öffentlichen Einrichtungen statt. Dieses Versäumnis

wird leider immer öfter auf Kosten von Freihaltezonen, Pausenplätzen und Familiengärten kompensiert. Dies gilt es zu stoppen!

## Grün hat viele Funktionen

Der Erhalt und Ausbau von Freiflächen ist der erste Schritt. Der zweite Schritt ist die Sicherung der Qualität des Bodens. In den letzten Jahrzehnten hat sich der Grundwasserspiegel in der Stadt Zürich auf Grund der Bautätigkeit um 2,5 Meter gesenkt. Durch die Realisierung der Ausnutzungsreserven werden zudem die Anteile versiegelter Flächen weiter zunehmen. Hohe Bebauungsdichten, verbunden mit dem Mangel an vegetationsbedeckten Flächen, führen aber zu einer Überwärmung der Stadt – an schönen Sommertagen bis zu 5 Grad gegenüber den Gebieten am Stadtrand!

Grünräume dagegen haben positive Klimaeffekte. Sie verbessern das Mikroklima, filtern Staub aus der Luft und wandeln Kohlendioxid in Sauerstoff um. Die Zerschneidung der Räume und Barrierewirkungen sind nicht nur stadtklimatisch ungünstig, sondern

gefährden auch die Vielfalt von ökologisch wertvollen Lebensräumen. Grünräume sind deshalb vermehrt zu vernetzen und zu verbinden, damit sich einzelne Individuen und Populationen bewegen und austauschen können. Am Beispiel der Stadt Zürich zeigt sich die vielfältige Tierwelt von Städten – zum Teil vielfältiger als auf dem Land. Vor diesem Hintergrund wird Städten und ihren naturnahen Grünräumen bei der Erhaltung der Biodiversität eine grosse Verantwortung zugeschrieben.

## Darum eine Volksinitiative

Grünraum hat also vielfältige Aufgaben zu erfüllen, für Mensch, Pflanze und Tier. Es ist Zeit, diese Flächen quantitativ und qualitativ zu schützen und aufzuwerten. Die städtischen Grünen planen daher eine Volksinitiative zu diesem Thema. Urbane Lebensqualität, dichtes Wohnen und dennoch genügende und ansprechende Grün- und Freiräume sind unser Ziel.

Gabriele Kisker,  
Gemeinderätin Grüne



# Ein grüner Zwingli für Zürich

**Markus Knauss heisst der Kandidat, dem die Grünen die Verteidigung ihres 2. Sitzes im Zürcher Stadtrat zutrauen. Dass er vom bürgerlichen Zürich als «Parkplatz-Zwingli» verschrien wird, scheint ihn nicht zu stören, sondern vielmehr herauszufordern.**

## Ohne Genner in den Wahlkampf

Glücklich wäre die Partei, die mit Ruth Genner und Daniel Leupi als Bisherige in den Zürcher Stadtratswahlkampf ziehen darf – deren Wiederwahl wäre gewiss. Nun kam es anders: Ihr jahrelanger Einsatz für die Grünen und unsere Anliegen ist nicht spurlos an Ruth Genner vorbeigegangen. Sie schickt sich etwas überraschend gleich selber in den verdienten Ruhestand vom Politbetrieb. Darum mussten die Grünen in Rekordzeit eine Kandidatur aufgleisen.

Mit Karin Rykart, Fabienne Vocat und Markus Knauss, alle Mitglieder der Gemeinderatsfraktion, stellten sich drei kompetente und wählbare Grüne zur Verfügung. Nach einem kurzen, aber intensiven Wahlkampf hat Fraktionschef Markus Knauss sich an einer Mitgliederversammlung knapp gegen Co-Präsidentin Karin Rykart durchgesetzt. Die Grünen setzen damit auf viel Erfahrung und auf einen angriffigen Wahlkampf. Das Frauenargument, das im Vorfeld zu Diskussionen Anlass gab, war offensichtlich nicht ausschlaggebend für die Entscheidung.

## Freundlich im Auftritt, hart in der Sache

Die Grünen brauchen nicht zu fragen, wer dieser Markus Knauss denn sei;

man kennt ihn. Seit 20 Jahren macht er in Zürich Politik, als VCS-Geschäftsführer und Mitglied der Grünen vor allem in Verkehrsfragen. Kaum eine andere Person hat in dieser Zeit so viel erreicht für die Zürcher Bevölkerung wie er.

Seine Erfolge ziehen sich wie ein roter Faden durch die jüngere Geschichte der Stadt: Das autofreie Limmatquai, die flankierenden Massnahmen zum Uetlibergtunnel, die den Kreis 3 vom Verkehr entlasten, die Verankerung von autofreiem Wohnen in der Parkplatzverordnung, der Durchgangsbahnhof Löwenstrasse, Tempo 30 in den Quartieren – die Liste positiver Entwicklungen liesse sich fast beliebig verlängern.

Überall hat Knauss massgeblich mitgewirkt. Konsequenter und erfolgreicher bekämpft er den Ausbau der Infrastrukturen für den motorisierten Verkehr; ebenso geradlinig setzt er sich für FussgängerInnen, Velofahrende und für die Ruhebedürfnisse der Stadtbevölkerung ein.

## Thematische Breite

Auch in anderen Themenbereichen hat Knauss Zeichen gesetzt: Das Quartierzentrum Bäckeranlage wäre ohne seinen Einsatz nicht zustande gekommen. Dass beim Gestaltungsplan Manegg private Bauherren erstmals zu einem Anteil von 30% gemeinnützigen Woh-

nungen verpflichtet wurden, ist seiner Hartnäckigkeit zu verdanken.

Privat lebt Knauss mit seiner Partnerin Gabi Petri einen Grünen Lebensstil: Seit 26 Jahren teilen sie sich Haushalt und die Erziehung der zwei gemeinsamen Töchter. Deshalb hat er bis heute damit zugewartet, sich für ein politisches Vollamt zu bewerben. Jetzt, wo die Töchter flügge geworden sind, kann Knauss ganz auf die Politik setzen.

## Kein Wolf im Schafspelz

Markus Knauss will sich nicht verbiegen. Sein Name steht für eine konsequente grüne Verkehrspolitik. Wer freie Fahrt für freie Bürger will, sollte ihn nicht wählen. Oft genug haben ZürcherInnen an der Urne jedoch zum Ausdruck gebracht, welche Verkehrspolitik sie wünschen: Knauss' Positionen sind mehrheitsfähig.

Klar ist, mit Markus Knauss ist das Wort Wahlkampf wörtlich zu nehmen. Er scheut die Auseinandersetzung nicht, und das ist gut so. Denn die Bürgerlichen werden quasi aus allen Rohren auf ihn schiessen, den Parkplatz-Zwingli. Knauss scheint sich darauf zu freuen!

Christoph Hug, Co-Präsident Grüne Stadt Zürich



# 2 x NEIN zum ungenügenden Projekt. Das Zeughausareal hat Besseres verdient!

Das Zeughausareal in Winterthur liegt an ähnlich zentraler Lage wie das Kasernenareal in Zürich. Grundeigentümer sind die Stadt Winterthur und der Bund (Armasuisse). Das rund 17'500m<sup>2</sup> grosse Areal soll an den Meistbietenden verkauft werden, gemäss Wettbewerbsausschreibung sind attraktive Eigentums- und Mietwohnungen für gehobene Ansprüche geplant. Der Stadtrat will mit den «attraktiven» Eigentums- und Mietwohnungen gute SteuerzahlerInnen anlocken. Viele andere wichtige Fragen wurden deshalb nie öffentlich thematisiert. Ist das Projekt stadtverträglich? Ist es in allen Teilen 2000 Watt-kompatibel? Brauchen wir nicht vielmehr Wohnraum für breitere Bevölkerungskreise? Welche Siedlung und welche BewohnerInnen will die Winterthurer Bevölkerung auf der Zeughauswiese?

## **Nicht schlecht ist nicht gut genug**

Den Wettbewerb gewonnen hat ein Projekt mit den Namen «Henri et Jeanne». Geplant sind 74 Eigentums- und 43 Mietwohnungen im höheren Preissegment, die genau so aussehen wie Wohnungen in diesem Preissegment heute aussehen. Grundsätzlich nicht schlecht, aber das wars dann auch. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Stadt Winterthur eine der

letzten Landreserven an zentraler Lage dafür quasi spekulativ versilbern will. Ein Projekt, das nur nicht schlecht ist, reicht in der heutigen Zeit nicht mehr.

## **Ökologisch und urban bauen**

An einer derart gut erschlossenen Lage muss eine Siedlung heute autofrei sein. Wir wollen nicht nur eine energetisch gute Gebäudehülle. Es sollen auch ökologisch vernünftige Baumaterialien verwendet werden. Das Siegerprojekt ist, wie viele Bauten heute, zu sehr vom Beton geprägt.

Wir fordern mehr naturnahe Grünräume, die private Rückzugbereiche und zugleich offene Kommunikationsflächen ermöglichen. Ökologisch liegt einiges mehr drin. Dem aktuellen Projekt fehlen innovative Ideen gänzlich. Zum Beispiel Joker-Zimmer, die eine effiziente Nutzung der Fläche begünstigen. Somit wird einem sich über die Jahre verändernden Raumbedarf der Mieter Rechnung getragen. Die Joker-Zimmer lassen sich als ausgegliederte Zimmer für Kinder im jugendlichen Alter, bei längeren Besuchen oder für eine selbständige Erwerbstätigkeit oder ein Home Office nutzen. Auch in Winterthur explodieren die Bodenpreise – und mit ihnen die Mieten. Es ist stossend, wenn die Stadt mit dem

Verkauf von Land an den Meistbietenden diese Entwicklung fördert. Winterthur braucht vielmehr eine ökologische und urban angepasste Wohnbaupolitik.

## **Referendum – für Wohnungen für alle!**

Im Parlament der Stadt Winterthur stimmte eine grosse Mehrheit für die Vorlage des Stadtrates. Die Fraktion Grüne/AL stellte sich als einzige geschlossen dagegen. Sogar die grosse Mehrheit der SP stimmte der Vorlage zu. Die Grünen haben zusammen mit der Alternativen Liste, der JUSO und dem Mieterverband das Referendum ergriffen und in der 30-tägigen Frist fast das Dreifache der nötigen Unterschriften gesammelt!

Die Volksabstimmung findet nun am 22. September 2013 statt. Wir wollen, dass auf der Zeughauswiese grosse und kleine Familien, Singles, Paare, SeniorInnen und Wohngemeinschaften leben können. Deshalb gibt es keinen anderen Weg als zurück auf Feld Eins: Ist das Land erst einmal verkauft haben wir kein Pfand mehr in der Hand und können nicht mehr mitgestalten. Deshalb sagen wir 2 x NEIN zu Verkauf und Umzonung.

Christian Griesser, Gemeinderat Grüne Winterthur  
Reto Diener, Gemeinderat Grüne Winterthur



# Nötige Massnahmen zur Klimapolitik bleiben aus – Zeit für klimapetition.ch

## Internationale Klimapolitik: Drama mit fehlendem Ende

Am 2. Februar 2007 wurde in Paris der 1. Band des 4. Klimaberichts des IPCC veröffentlicht. Ein Jahr zuvor warf der Film «An Inconvenient Truth» von Al Gore grosse Wellen und stärkte das öffentliche Interesse am Klimawandel. Es herrschte Aufbruchstimmung. In der allgemeinen Euphorie wurden der IPCC und Al Gore mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Es ging endlich vorwärts in der Klimapolitik.

Die Enttäuschung folgte 2009 an der Klimakonferenz in Kopenhagen. Nach dem Fahrplan von Bali musste in Kopenhagen ein verbindliches Regelwerk zur Nachfolge des Kyoto-Protokolls verabschiedet werden. Mit etwa 27'000 TeilnehmerInnen war es das grösste Treffen der Diplomatiegeschichte. Obwohl Moritz Leuenberger symbolträchtig mit dem Zug nach Kopenhagen fuhr, endete die Konferenz in einer Katastrophe. Nicht ein verbindlicher Vertrag konnte abgeschlossen werden. Seither dümpelt die Klimapolitik in seichten Gewässern ohne Ziel vor sich hin. Cancun, Durban und Doha endeten ergebnislos. Zu sehr hat man sich an die düsteren Prognosen des IPCC bereits gewöhnt und zu stark drängen sich die von Erdölfirmen bezahlten Klimaskeptiker in den Vordergrund

## Das Scheitern der letzten Jahre

Weder der Klimawandel noch die Klimaforschung schiefen während dieser Zeit. Sechs Jahre nach dem Vorgänger wird am 23. September 2013 in Stockholm der erste Band des 5. IPCC-Klimaberichts der Öffentlichkeit präsentiert. Von der einstigen Begeisterung spürt man nichts mehr. Still und heimlich wird die Veranstaltung über die Bühne gehen, denn die PolitikerInnen wissen, was auf sie zukommen wird. Peinlich genau wird ihnen ihr Scheitern der letzten Jahre vor Augen geführt werden. Die Treibhaus-

gaskonzentration steigt immer schneller, die Atmosphäre und die Ozeane erwärmen sich weiter und Lösungen sind keine in Sicht. Das einzige Resultat der letzten sechs Jahre, die 2°-Regel, steht vor dem Abgrund. Zulang wurde nichts gemacht. Die Treibhausgasreduktionen, die erreicht werden müssten, um das 2°-Ziel noch einzuhalten sind geradezu lächerlich hoch. Die ausschliesslich auf Wachstum ausgelegte Wirtschaft verbraucht Unmengen an Ressourcen und benötigt zu viel Energie. Auch den meisten rechten Politikern wird langsam klar, dass der Club of Rome mit seiner 1972 veröffentlichten Studie «Die Grenzen des Wachstums» Recht hatte. So kann es nicht weitergehen.

## Schweiz muss Vorreiterrolle einnehmen

Für die Schweiz als hochentwickeltes Land ist eine Spitzenposition im Kampf gegen den Klimawandel die einzig akzeptable. Die Jungen Grünen fordern von Bundesrätin Doris Leuthard ambitionierte Klimaziele in internationalen Verhandlungen. Dann können wir an der Klimakonferenz 2015 in Paris die in Kopenhagen vermissen Ziele nachholen. Die Schweiz hat die Chance, die nachhaltige und klimaneutrale Wirtschaft zu erfinden. Den Weg hierzu haben wir mit

den Initiativen für eine Grüne Wirtschaft und für den Atomausstieg aufgeleitet. Die Klimapetition der Jungen Grünen rundet nun das Triumvirat ab.

## Klimapetition jetzt unterschreiben

Die Petition verlangt die Aufnahme des Schweizer Klimas ins UNESCO-Weltkulturerbe. Die Schweiz würde damit ein starkes internationales Zeichen setzen und als vermutlich erstes Land die Schutzwürdigkeit des Klimas auf internationaler Ebene verankern. Aufgrund ihres Reichtums und ihrer Neutralität hat die Schweiz viel mehr Einfluss auf die internationalen Verhandlungen als es ihre Grösse vermuten lässt. Ein eigenständiger, vorausgehender Schritt zum Schutz des Klimas würde die Position der ambitionierten Klimaziele zusätzlich stärken.

Die Petition kann jetzt unterschrieben werden: [www.klimapetition.ch](http://www.klimapetition.ch). Auf der Website finden sich auch zusätzliche Informationen zur Petition und zum Klimawandel in der Schweiz. Weiter haben wir ein Argumentarium für Diskussionen zusammengestellt.

Lukas Oesch, Junge Grüne Zürich



# Kurznews aus den Regionen

## Grüne Bezirk Dielsdorf: Neues Präsidium

Nach 15 Jahren grossen Engagements übergibt Beat Hürlimann das Präsidium der Grünen Bezirk Dielsdorf an Daniel Mägli aus Regensdorf. Der neue Präsident ist seit zwei Jahren im Vorstand aktiv und wird die 30jährige Beständigkeit der Grünen im Bezirk Dielsdorf weiterführen.

Insbesondere möchte Daniel Mägli die Mitgliederbasis stärken, mehr Grüne für die Arbeit in Gemeinde-Exekutiven und anderen Mandaten begeistern und Grüne Themen lokal lancieren und unterstützen.



Der 54jährige Wirtschaftsinformatiker ist seit 2010 im Bereich Informatik, Sicherheit und Sicherheitstechnik selbständig, verheiratet und hat einen 5jährigen Sohn.

Daniel Mägli, Präsident Grüne Bezirk Dielsdorf

## Grüne Winterthur: VeloFest zum Autofreien Tag

Unter dem Titel «Velowwärts! Grüne Welle für Winterthur» feiern wir dieses Jahr den Internationalen Autofreien Tag. Die Aktion findet am 21. September von 14 bis 22 Uhr am Oberen Graben in der Altstadt statt. Mit Livemusik und Aktionen rund um das Velo möchten wir auf unsere Anliegen aufmerksam machen: Winterthur soll wieder zur Velostadt Nummer 1 der Schweiz werden! Um 15 Uhr startet am Festort ein Velozug durch die Stadt.

Anlässlich der Veranstaltung werden wir eine Petition mit politischen Forderungen für das Velo lancieren. Dazu gehören vor allem: Velobahnen für möglichst un-



gehindertes Vorwärtskommen, genügend gedeckte Veloabstellplätze bei öffentlichen Einrichtungen, Rechtsabbiegen bei Rot für Velos, mehr Velosäcke an Kreuzungen und das Schliessen von Lücken im Velowegnetz.

Daniela Kralova, Grüne Winterthur

## Grüne Wetzikon / Oberland: Gedenkstein Moorlandschaft

Am 12. Juni 2012 hiess das Bundesgericht drei Beschwerden vom 14. Februar 2011 gegen die Oberlandautobahn gut und schützte so den bedeutendsten Natur- und Naherholungsraum im Raume Wetzikon vor Zerstörung.

Trotz klarer Regelung durch die Rothenturm-Initiative von 1987 forcierten der Regierungsrat und seit 2006 auch alle Gemeindepräsidenten den Autobahnbau durchs nationale Schutzobjekt. Es hätte zwingend ein Gutachten der Eidgenössischen Natur und Heimatschutzkommission eingeholt werden müssen, hält das Bundesgericht fest. Und materiell wäre ein Autobahnbau in «einem Objekt von



nationaler Bedeutung und besonderer Schönheit» mit dem Moorlandschaftsschutz nicht vereinbar. Dieses «Schlüsselurteils» gedachten die Organisation LEO Lebensraum Oberland und die Wetziker Grünen im Ambitzgriet mit einem Findling, einer Gedenktafel und mit der Pflanzung einer Eiche.

Max Homberger, Kantonsrat, Grüne Wetzikon

## Grüne Bezirk Uster: Neuer Co-Präsident

Ich übernehme als Nachfolger der interimistischen Co-Präsidentin Eleonore Strehler das Co-Präsidium der Grünen Bezirk Uster. Zusammen mit Stefan Kunz werde ich mich weiterhin für soziale und ökologische Anliegen einsetzen und dabei möglichst viele SympathisantInnen motivieren, an den vielen Aktionen und Veranstaltungen der Grünen im Bezirk Uster teilzunehmen.



Besonders erwähnen möchte ich dabei den Grünen Ustertag. Wir werden uns dieses Jahr auf die Gemeinderatswahlen im Frühling fokussieren und dabei verschiedene Aktionen planen. Auch haben wir Ideen für eine Volksinitiative auf Gemeindeebene, die uns helfen wird unsere Gemeinderatssitze zu vermehren.

Seit 2 Jahren engagiere ich mich aktiv im Vorstand. Ich bin 53 Jahre alt, gelernter Elektro-Ingenieur und arbeite im Softwarebereich eines Schweizer Laborgeräteherstellers. Ich wohne mit meiner Familie in Uster und habe einen 20jährigen Sohn und eine 15jährige Tochter.

Sergio Zanchi, Co-Präsident Grüne Bezirk Uster

# Aus den Augen, aus dem Sinn? Deponien im Bezirk Dielsdorf

**Unter dem Titel «Wider das Vergessen» führten die Grünen Bezirk Dielsdorf im Anschluss an ihre diesjährige Generalversammlung eine Veranstaltung zum Thema Deponien durch.**

Christian Sieber, Verantwortlicher des Kantons Zürich für Deponien, informierte mit einem kompetenten und interessanten Vortrag über den Umgang mit Abfalldeponien. Anhand verschiedener Beispiele zeigte er die Entwicklung in Betrieb und Sanierung von Deponien in den letzten 60 Jahren auf. Die Sanierung («Nachsorge») bestehender Deponien muss heute nach 50 Jahren abgeschlossen sein, länger werden sie in der Regel auch nicht überwacht. Da ein halbes Jahrhundert jedoch eine lange Zeitspanne und der Mensch vergesslich ist, wünscht sich Sieber eine kürzere Sanierungsfrist.

## Was passiert mit dem Abfall in den Deponien?

Heute legt man eher «Nass-Deponien» an, anstatt sie zuzubetonieren. So sickern oder gasen die Abfallstoffe langsam, d.h. in verträglichen Mengen, in die Umwelt. Dieses Verfahren reduziert auch die Gefahr eines plötzlichen Austritts von Giftstoffen infolge eines defekten Verschlusses, denn «es gibt keine Untertagedeponie, die dicht ist», so Christian Sieber. Hier gibt es Parallelen zur Lagerung von Atommüll, bei der leider immer noch von «Endlager» schwadroniert wird.

Betriebsbewilligungen für Deponien sind immer unbefristet. Neue Deponien werden im 15-Jahres-Zyklus im Richtplan festgelegt. Den Entscheidungen, welche Deponien saniert werden müssen, gehen dabei teils langwierige Analysen voraus und auch Budgetfragen haben einen erheblichen Einfluss. Damit die gute Arbeit der Fachleute nicht ins Leere läuft, muss die Politik dafür sorgen, dass die benötigten Mittel zur Verfügung stehen.

Daniel Mägli, Präsident Grüne Bezirk Dielsdorf

# Keine Gewerbezone «Biswind»

An der Goldküste verdrängen die steigenden Liegenschaftspreise das lokale Gewerbe. Doch statt bezahlbaren Gewerberman im Siedlungsgebiet zu erhalten, hat der Herrliberger Gemeinderat 2011 ohne vorausgehende politische Debatte einen Einzonungsantrag für ein Gewerbezentrum mitten im Kulturland (Bodeneignungsklassen 2, 3, 6 und 7) gestellt.

Die Grünen des Bezirks Meilen bekämpfen dieses Vorhaben in einem Komitee zusammen mit SP, glp, einzelnen engagierten Mitgliedern der FDP sowie der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz und dem WWF Zürich. Der Widerstand erfolgt aus mehreren Gründen: Die Einzonung widerspricht nicht nur den Anliegen der Kulturlandinitiative, ebenso umfasst das Gebiet «Biswind», in dem das Zentrum liegen soll, mehrere intakte Moränenwälle, die der Kanton 1980 ins «Inventar der Natur- und Landschaftsschutzobjekte» aufgenommen hat. Die markante Glaziallandschaft bildet zudem eines der nächstgelegenen Naherholungsgebiete der dicht besiedelten Gemeinden Herrliberg und Erlenbach. Aber auch verkehrstechnisch handelt es sich beim

Gewerbezentrum um einen planerischen Schnellschuss: Anbindungen an den öV und an die Hauptverkehrsachsen fehlen ganz; der Gewerbeverkehr würde durch Wohngebiete führen oder über kleine Landsträsslein, auf denen heute vor allem SpaziergängerInnen anzutreffen sind.

Zurzeit wird das Herrliberger Einzonungsbegehren im Kantonsrat behandelt. Dazu hat das Komitee im Vorfeld ein juristi-

sches, ein geomorphologisches und ein landschaftsschützerisches Gutachten in Auftrag gegeben. Alle sprechen eine deutliche Sprache: Ein Gewerbezentrum ist an dieser Lage nicht vertretbar. Das Komitee schlägt daher vor, einen Geo-Lehrpfad einzurichten, auf dem die Bevölkerung sich über die Bedeutung der Glaziallandschaft «Biswind» informieren kann.

Thomas Forrer, Präsident Grüne Bezirk Meilen



# Agenda

## Grüne Kanton Zürich

**26. August 2013, 19:30 Uhr, Apéro ab 19:00 Uhr**  
**Mitgliederversammlung**

Thema: Die drei Initiativprojekte der GPS  
Cevi Zentrum Glockenhof, Sihlstrasse 33, 8001 Zürich  
Mehr Infos auf [www.gruene-zh.ch](http://www.gruene-zh.ch)

## Grüne Stadt Zürich

**22. August 2013, 18:00 Uhr**  
**Exkursion AG Grünraum**

Grüne Dächer auf dem Uetlihof  
Haupteingang Uetlihof, Uetlibergstr. 231, Zürich  
Anmeldung bis 18. August erforderlich:  
[sekretariat@gruenezuerich.ch](mailto:sekretariat@gruenezuerich.ch) oder 044 440 75 55

**31. August & 1. September 2013**  
**Grüne Mojito-Bar an der**  
**Schwamendinger Chilbi**

Zürich Schwamendingen

**10. September 2013, Zeitangabe folgt**  
**Mitgliederversammlung**

Thema: Grünraum-Initiative  
Restaurant Hirschen, Winterthurerstrasse 519, 8051 Zürich

**28. September 2013, Zeitangabe folgt**  
**Nationalratsbrunch**

Ort wird noch bekannt gegeben

## Grüne Bezirk Meilen

**29. August 2013, 20:00 Uhr, Türöffnung 19:30 Uhr**  
**Podium «Milizarmee, Freiwilligen-Miliz,**  
**Berufsarmee oder Abschaffung?»**

Mit Balthasar Glättli, Nationalrat Grüne, Josef Lang, GSoA, Joel Gieringer, Präsident Offiziersgesellschaft Zürichsee rechtes Ufer, FDP, Hans-Peter Amrein, Kantonsrat SVP. Moderation: Andreas Schürer, NZZ  
Gasthof Löwen, Meilen

## Grüne Wald

**30. August 2013**  
**Sommerfest Grüne Wald**

Anmeldung: 079 593 74 95

**26. September 2013**  
**GrüneWald**

Gemeinsame Diskussion zu aktuellen Themen  
Kanzleiweg 6, Wald

## Grüne Bezirk Horgen

**5. September 2013, 20:00 Uhr**  
**Mitgliederversammlung**

Thema: Ökologische Sanierung und günstiger Wohnraum – wie geht das in der Region Zimmerberg? Mit Balthasar Glättli  
Hotel Sedartis, Thalwil

## Grüne Limmattal

**28. September 2013, 13:20 – 17:00 Uhr**  
**Ökologisches Neuland im Limmattal**

Exkursion der Grünen Limmattal zur Fotovoltaikanlage des Coop Silbern und zu den Limmatauen in Dietikon  
Treffpunkt: Coop in der Silbern, Ende: Bahnhof Dietikon  
Mehr Infos: [www.gruene-zh.ch/gruene-vor-ort/bezirksparteien/dietikon-limmattal/aktuell/](http://www.gruene-zh.ch/gruene-vor-ort/bezirksparteien/dietikon-limmattal/aktuell/)

## Grüne Winterthur

**29. August 2013, 18:45 Uhr**  
**Mitgliederversammlung**

Kongress- und Kirchgemeindehaus Winterthur, Liebestrasse 3

**21. September 2013, 14:00 – 22:00 Uhr, 15:00 Uhr Veloumzug**  
**Velowärts! Grüne Welle für Winterthur**

Velofest mit Live Musik, Essen und Trinken sowie Aktionen rund um das Velo anlässlich des Autofreien Tags, mit Veloumzug durch die Stadt: Vorwärts zur ersten Grünen Velowelle!  
Oberer Graben

## Grüne Dübendorf

**31. August 2013, Annahme 8:00 – 9:30 Uhr, Verkauf 10:00 – 15:00 Uhr**  
**Velobörse**

Bitte Pass oder ID mitbringen  
Stadthausplatz Dübendorf

## Grüne Adliswil-Langnau

**29. September 2013, 13:00 – 19:00 Uhr**  
**Kochkurs – regional, saisonal, ökologisch, vegetarisch**

Teilnahmegebühr Fr. 35.-; beschränkte TeilnehmerInnenzahl:  
Anmeldungen bis 25.9. an: 044 710 03 51 oder [hug-werner@bluewin.ch](mailto:hug-werner@bluewin.ch)  
Schulhaus Kronenwiese. Eingang «Mehrzweckgebäude»

## Junge Grüne

**30. August 2013**  
**Mitgliederversammlung Junge Grüne Zürich**

Sekretariat, Ackerstrasse 44, Zürich  
Mehr Infos auf [www.jungegruene.ch/zh](http://www.jungegruene.ch/zh)

## Impressum

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 1'600 Ex. Redaktion & Layout: Ulla Blume. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Marionna Schlatter, Alma Redzic, Remo Ziegler, Markus Kunz, Gabriele Kisker, Christoph Hug, Christian Griesser, Reto Diener, Lukas Oesch, Daniel Mägli, Daniela Kralova, Max Homberger, Sergio Zanchi, Thomas Forrer. Bildnachweise: S. 2: [www.mehr-demokratie.ch](http://www.mehr-demokratie.ch), S. 3: [www.wehrpflichtaufheben.ch](http://www.wehrpflichtaufheben.ch), S. 5: Martin Wunderli, S. 6: bertschidesign, Zürich, S. 7: Peter H. Rüegg, S. 8: Reto Diener, S. 9: Junge Grüne, Design: [artischock.net](http://artischock.net) Zürich. Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO<sub>2</sub>-neutral und auf FCS-Papier gedruckt.